



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 50 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — sämtliche Postankalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Berlin-Register.

Für die Woche vom 1.—7. April ist die Beitragsmarke in das mit 14 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die Sorge ums Brot.

In Kürze steht uns die gefürchtete Verringerung der Brotration bevor; Kartoffeln, Konferben, Graupen und Fleisch sollen den Ausfall an Brot ersetzen helfen. Es klingt wie eine Ironie des Schicksals: Kartoffeln, nach denen wir uns den ganzen Winter hindurch vergebens gesehnt haben, die nicht unter werden konnten, weil sie infolge schlechter Ernte knapp waren, weil sie, wie von offizieller Seite ausgesprochen wurde, in großen Mengen verflüchtigt worden sind, weil im Herbst der Waggonmangel den Städten die Eindeckung für den Winter unmöglich machte und weil der starke Frost die laufende Belieferung ausschloß — jetzt tauchen die langersehnten Knollen wieder auf und sollen uns nun über den Mangel an Brot hinweghelfen! Zwar sind davon auch nicht etwa soviel vorhanden, daß wir uns nun nach Belieben daran sattessen können, aber es scheint doch, als ob man uns wenigstens fünf Pfund für die Woche liefern könnte, und wir sind ja so bescheiden geworden, daß uns diese Menge schon etwas Großes dünkt. Da aber zirlt drei Pfund Brot mit fünf Pfund Kartoffeln doch nicht zur wöchentlichen Ernährung ausreichen, soll versucht werden, statt der fehlenden Kohlehydrate das eiweiß- und fettenthaltende Fleisch in größerer Menge als bisher zur Nahrung heranzuziehen. Nun wollen wir zugeben, daß mehr Fleisch uns allen wahrscheinlich recht dienlich sein wird, wir würden uns auch wohl kaum den Magen daran verderben, wenn wir deshalb unsere bisher gewohnte Brotration weiter beläßen, es fragt sich nur, ob die minderbemittelte Bevölkerung imstande sein wird, das Fleisch zu kaufen. Zwar werden die Preise etwas ermäßigt werden, aber wenn man bedenkt, daß heute schon die geringe Fleischration von vielen Familien nicht voll beschafft werden kann, dann sieht zu befürchten, daß bei großen Volksschichten die größere Fleischration nur auf der Karte stehen, die verringerte Brotration sich aber dem Magen desto fühlbarer bemerkbar machen wird. Deshalb muß die Herabsetzung der Fleischpreise schon ganz erheblich sein, wenn die größere Ration als Broteratz der minderbemittelten Bevölkerung, besonders den Arbeiterschichten, zugute kommen soll.

Die erneute Feststellung des Brotgetreidebestandes hat eine erhebliche Differenz zwischen Soll und Haben ergeben, so daß, um nicht vor Einbringung der neuen Ernte vor dem Nichts zu stehen, die Verringerung der Brotration erfolgen mußte. Wir müssen uns darin fügen, es würde nichts helfen, wenn wir uns auflehnen gegen die Verschlechterung, denn schließlich ist es immer noch besser, eine zwar erheblich lange Zeit wenig zu haben, als nachher vor dem Bankrott zu stehen. Aber es wird bei aller Geduld erlaubt sein, einmal nachzuspüren, warum uns diese neue Belastungs-

probe zugemutet wird, und ob sie sich nicht hätte abwenden oder wenigstens mildern lassen, wenn alle für die Volksernährung in Betracht kommenden ihre volle Pflicht getan hätten.

Die Grundlagen unserer Volksernährung bilden Brot, Kartoffeln und Fett. Die Erfassung des Brotgetreides und seine öffentliche Bewirtschaftung währt nun schon über zwei Jahre, und trotz gelegentlicher kleiner Verringerungen der Brotkarte standen wir uns hierbei eigentlich am besten. Natürlich war der dringende Wunsch nach mehr Brot vollkorn berechtigt, ließ sich aber bei der vorsichtigen Wirtschaftsweise nicht erfüllen. Die Sicherheit, daß wir das uns zuzehende Quantum Brot jeberzeit bekommen konnten (die Fälle, in denen kein Brot zu bekommen war, hatten lokale Ursachen, die zentrale Bewirtschaftung war daran im allgemeinen schuldlos), söhnte uns schließlich mit dem geringen Quantum aus, besonders solange, als noch andere Nahrungsmittel vorhanden waren. Und als diese dann so nach und nach versiegten, hatte man sich mittlerweile in den Zustand hineingelebt und sich, je nach Charakteranlage, entweder mit einem gewissen Galgenhumor oder mit lautem oder verbissenem Grimm damit abgefunden. Das Getreide ist nun eines der am leichtesten zu ersaffenden und zu bewirtschaftenden Nahrungsmittel, aber obwohl die Organisation der öffentlichen Bewirtschaftung überall gleichzeitig einsetzte, hat doch eine Unmenge Getreide und Mehl einen anderen, irregulären Weg zum Verbrauch gefunden, ist nicht durch die Zentrale gegangen und blieb deshalb von der Verteilung ausgeschlossen. Die großen Getreideschiebungen in den östlichen Provinzen Preußens, die Gersteschiebungen von Bayern, der schwunghafte Handel mit sogenannten marktfreien Mehl bis in die jüngste Zeit hinein legen Zeugnis davon ab, daß wir gern etwas mehr Brot hätten essen dürfen, wenn nur alles Getreide seinen richtigen Weg gegangen wäre. Man kann die Landwirtschaft nicht frei sprechen vom Verschulden, sie, die als Selbstversorger schon besser gestellt ist wie die städtischen Konsumenten, denen jedes Gramm Brot oder Mehl vorgewogen wird, hat noch außer dem ihr zustehenden Quantum erhebliche Mengen beiseite geschafft, damit sie selbst im Ueberflus leben und auch trotz des strengen Verbots ihr Vieh mit Brotgetreide füttern kann. Gewiß können auch wir Städter verstehen, daß dem Landwirt das Herz blutet, wenn er sein Vieh nicht in gewohnter Weise füttern kann, aber es ist doch schließlich noch schlimmer, wenn in der Stadt die Kinder nicht mehr genügend gesättigt werden können, und der dreizehnjährige Junge in Neudamm, der das Brot seiner Eltern und Geschwister aufgeessen hatte und sich dann aus Furcht vor den Folgen seiner Tat erhängte, müßte eigentlich jedem einzigen Landwirt, der sich bei der Ablieferung von Brotgetreide selbst reichlicher bedacht hat, als ihm zulaut, Lebenslang als Vorwurf auf dem Herzen liegen.

In der öffentlichen Bewirtschaftung folgten dem Brotgetreide, besonders nach Entstehen des Kriegsernährungsamtes, eine ganze Reihe anderer Lebensmittel; dadurch war die relative Sicherung

für die Verbraucher gegeben, das ihnen Zustehende auch bestimmt zu erhalten. Die Organisation der Lebensmittelversorgung wurde sowohl zentral wie lokal immer besser und straffer, und die Verteilung ließe heute sicher wenig mehr zu wünschen übrig, wenn nur genug vorhanden wäre. Aber wir sehen beim Brot, daß dem nicht so ist; daß wir den ganzen Winter lang die Kartoffeln zum großen Teil entbehren mußten, ist einerseits ja auf die schlechte Ernte zurückzuführen, zum andern Teil liegt dies aber auch an der Organisation, die nicht rechtzeitig die Kartoffeln erfasst hatte und oftmals, wo sie erfasst waren, wegen der Bahnschwierigkeiten nicht befördern konnte. Auch hier beginnen die Fehler schon beim Erzeuger. Von allen Seiten hört man, daß Landwirte große oder kleinere Kartoffelmengen verheimlicht haben, die sie hätten angeben und abliefern müssen, und daß es sich dabei um keine ganz geringen Quantitäten handelt, dafür diene der eine Fall als Beweis, daß in 13 Gemeinden des streifjes Gebweiler allein 10 700 Zentner verheimlichter Kartoffeln gefunden worden sind. Es hieße der Gutgläubigkeit der notleidenden Verbraucher zuviel zumuten, sollten sie annehmen, daß ausgerechnet nur hier diese Verheimlichungen vorgekommen sind; der schwunghafte Handel mit Kartoffeln oft zu unglaublich hohen Preisen, der jetzt auf Schleichwegen vom Lande in die Stadt hinein getrieben wird, nicht gelegnet werden kann und doch nur in den seltensten Fällen ertappt wird, ist der beste Beweis dafür. Nun kann man sagen, der Städter, der sich auf solchen Wegen in Besitz von Kartoffeln setzt, macht sich genau so strafbar, wie der Landwirt, der sie ihm verkauft. Ganz sicher, aber — der Städter könnte die Straftat gar nicht begehen, wenn nicht der Landwirt schon vorher strafwürdig gehandelt, sondern die Kartoffeln pflichtgemäß abgeliefert oder wenigstens richtig angegeben hätte. Die Hamsterfahrt des Städtlers soll nicht beschönigt werden, aber ihr liegen doch, gerade wo es sich um Kartoffeln handelt, sehr materielle und entschuldbare Motive zugrunde: Hunger tut eben weh und der hunnende Magen übertrönt leicht das mahnende Gewissen.

Die Eindeckung des Winterbedarfs der Städte konnte, wie schon erwähnt, wegen Verkehrs-schwierigkeiten nicht vor sich gehen. Doch ist zu hoffen, daß im kommenden Herbst diese Schwierigkeiten beigeiten überwunden werden können; durch verständnisvolles Zusammenarbeiten des Kriegsernährungsamtes mit dem Kriegsamt muß es möglich sein, der Verkehrsnot Herr zu werden, denn die genügende Ernährung der Bevölkerung ist ja schließlich erst die Voraussetzung zur Herstellung der notwendigen Kriegsarbeiten. Das Kriegsernährungsamt hat uns ja nun trotz all der vorhandenen Liebelstände noch nicht verhungern lassen, es hat uns statt der Kartoffeln die Kohlrübe besichert, und mehr als einmal ist von berufener Seite die Geduld und Opferwilligkeit, mit der die Verbraucher die Entbehrungen dieses Winters getragen haben, anerkannt worden. Wir stellen der Kohlrübe für die uns geleisteten Dienste unsern schönsten Dank ab, wären aber heilfroh, wenn wir statt ihrer wieder unsere gewohnte

und uns viel sympathischere Kartoffel wiederbekämen.

Aus der geschilderten Sachlage ist zu erkennen: wir hätten mehr Brot, wenn alle Landwirte ehrlich und vaterlandsliebend alles Getreide abgeliefert hätten, was sie über den für den eigenen Verbrauch festgesetzten Bestand geerntet hatten; wir bräuchten jetzt nicht den dornenvollen Weg der Brottraktionsverringerung gehen, wenn genügend Kartoffeln da gewesen wären und nicht die Reservebestände an Mehl statt der fehlenden Kartoffeln aufgebraucht werden müßten. In der Brotkalamität hat also der liebe Gott, den Herr von Schorlemer als Kronzeugen anruft, nur zum Teil Schuld, indem er uns dieses böse Winterwetter bescherte; den zweiten Teil trägt die mangelnde Organisation in der Beförderung der Kartoffeln, den dritten und nicht kleinsten Teil müssen aber die Landwirte auf sich nehmen, die sich an der Brot- und Kartoffelversorgung der Stadtbevölkerung in kleinlich-egoistischer Weise verjüngen haben.

Mit der Feststellung der Schuldfrage ist uns Verbrauchern leider wenig geholfen; da wir aber doch nun einmal da sind, und von uns jetzt im dritten Kriegsjahr ganz besonders hohe und intensive Arbeitsleistungen im Interesse der Vaterlandsverteidigung erwartet werden, so haben wir auch ein Recht, zu verlangen, daß in genügender Weise für unsere Ernährung, für Erhaltung unserer Gesundheit und Arbeitskraft gesorgt wird. Es ist dringend notwendig, daß schon jetzt dafür alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Und da möchten wir ergebenst das Kriegsernährungsamt darauf aufmerksam machen, daß von verschiedenen Seiten auf die unverhältnismäßig hohen Bestellungen von Kohlrübenjamen hingewiesen wird. Ein Zeichen dafür, daß die Landwirte an der Erzeugung und dem Verkauf von Kohlrüben entschieden mehr Gefallen gefunden haben, als wir Verbraucher an deren Verzehr. Wir haben jetzt drei Monate lang mit Todesverachtung Kohlrüben gegessen, werden uns vielleicht noch einige Monate lang an getrockneten Kohlrübenstängeln zu erfreuen haben, dann aber laß bitte genug sein des graufamen Spiels, verehrtes Kriegsernährungsamt. Du bist gewiß gleich uns, die wir nun die Kohlrübe in jeglicher Zubereitungsart kennen, der Anschauung, daß trotz mancher professoralen Gutachten die liebe Rübe weber im Geschmack noch im Nährwert der Kartoffel gleichsteht, und deshalb bitten wir Verbraucher dich dringend: „Wahre uns vor einem zweiten Kohlrübenwinter!“ Unsere sprichwörtliche Gebuld,

„Pferdestärke“.

Von Th. Hoff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

I.

Ein vielgebrauchter technischer Grundbegriff. — Pferd und „Pferdestärke“. — Wie die Pferdestärke entstand. — Der Mann mit der Pferdestärke. — PSI und PSe. — Das „Neupferd“. — 100 PS in einem Zentner.

Unter den vielen Kunstausdrücken, die die moderne Technik geschaffen hat, ist wohl keiner so bekannt und populär geworden wie derjenige der „Pferdestärke“, ein Ausdruck, der nicht nur dem Fachmann bezw. dem Techniker, sondern auch dem Laien bekannt und vertraut und bis zu einem gewissen Grade auch geläufig ist. Nach Pferdestärken bezeichnen wir die Leistungen und die Leistungsfähigkeit unserer Maschinen, sowohl der Kraftmaschinen wie der von diesen getriebenen Vermaschinen, und da unsere gesamte moderne Technik auf der Anwendung und Wirkungsweise von Maschinen beruht, ist die Pferdestärke in der ganzen Welt das Maß der technischen bezw. maschinellen Arbeit und Leistung und damit zugleich der meistgebrauchte und bekannteste terminus technicus geworden.

Freilich genügt es nun aber nicht, daß man einen Ausdruck kennt oder ihn auch mechanisch anzuwenden weiß; notwendig ist vielmehr, daß man auch über den inneren Begriff und Inhalt des Ausdrucks Bescheid weiß. Das ist nun aber gerade bei der Pferdestärke und bei den vielen, die täglich diesen Ausdruck hören und auch anwenden, durchaus nicht der Fall, und mancher sonst

unsere Arbeitslust und -kraft und damit unsere Vaterlandsliebe könnten am Ende sonst in der Rube ihr Ende finden.

Wir wurden zu vielerlei Entbehrungen gezwungen, wir stehen jetzt unter dem Zwang des Arbeitsgesetzes, der Hungerzwang uns die Kohlrübe auf, jetzt, Kriegsernährungsamt, zwingt auch mal auf der andern Seite. Wir wissen, du tust es nicht gern, denn der Landwirt will aus freiem Willen und beiangemeinen Preisen seine Scholle bebauen und sich nicht vorschreiben lassen, womit er sein Land bestellen soll — aber du solltest soviel Gerechtigkeitsgefühl besitzen und uns den einen heißen, bringenden Wunsch erfüllen: Schaffe uns Kartoffeln, schaffe sie uns, indem du anordnest, jeder Landwirt hat soviel Land mit Kartoffeln zu bestellen wie im Jahre 1915, und er hat dieses Land so pfleglich zu behandeln, wie er es als guter Wirt in jedem andern Jahre getan hat. Und dann kontrolliere genau, ob diese Anordnung auch durchgeführt wird, und wo Unverstand, böser Wille oder Widersehlichkeit sich zeigt, da werde hart und zwingel!

Wir wollen ja so wenig! Wir wollen Brot und Kartoffeln, um uns sattzuessen und nach Möglichkeit Fett dazu, und für unsere Kinder Milch und Zucker. Schaffe uns das, Kriegsernährungsamt, dann wollen wir gern durchhalten bis zur endgültigen Erledigung des Niesenkampfes für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrrecht unseres Vaterlandes.

Gertrud Lodaßl.

Die Gewerkschaftseingaben im Kriegsernährungsamt und Kriegsamt.

Aus Anlaß der Eingaben der Gewerkschaften und Angestelltenverbände an den deutschen Reichszentraler und an das Kriegsernährungsamt fand am 13. März eine vierstündige Konferenz mit Vertretern der Verbände, die die Eingaben unterzeichnet haben, im Beisein der drei für das Ernährungsamt zuständigen Herren v. Batocki, General Gröner und Staatskommissar Dr. Michaelis statt, die sich eingehend und sachlich mit den Beschwerden und Vorschlägen der Eingaben beschäftigten und den Beweis lieferte, daß diesen von

sehr Gebildete würde einigermaßen in Verlegenheit geraten, wenn er plötzlich einmal genauer darlegen sollte, welches das Wesen und die Bedeutung jenes vielgebrauchten technischen Grundbegriffes ist, der für die gesamte Technik genau so wichtig ist wie für den Handel das Metermaß. Gehen wir daher dem Ausdruck und Begriff der Pferdestärke einmal näher auf den Grund, womit wir zugleich ein besseres Verständnis für noch so manches andere auf dem Gebiete moderner Technik überhaupt gewinnen werden.

Wie schon der Name „Pferdestärke“ besagt, ist unser gebräuchliches technisches und maschinelles Arbeitsmaß hervorgegangen aus einem Vergleich mit der Kraftleistung des Pferdes. Wenn ich ein Pferd an einen beladenen Wagen spanne, so wird es den Wagen innerhalb einer bestimmten Zeit auch nur um eine ganz bestimmte Strecke weit ziehen können, deren Länge im wesentlichen abhängig ist von der Kraft des Pferdes und der Größe bezw. dem Gewicht der Ladung. Ebenso verhält es sich, wenn ich das Pferd an ein Ölpumpwerk spanne, um damit Wasser aus einer gewissen Tiefe an die Oberfläche zu fördern. Je stärker das Pferd ist, um so größer wird die Wassermenge sein, die es etwa innerhalb einer Stunde zu fördern imstande ist. Nehmen wir nun an, wir haben ein normales Arbeitspferd an ein Pumpwerk gespannt, an welchem es Wasser aus einer Tiefe von 10 m an die Oberfläche fördern soll, so werden wir nach einer Stunde konstatieren können, daß das Pferd in dieser Zeit eine Menge von etwa 18000 Kilogramm (Liter) Wasser gefördert hat. Pro Minute hat es demnach 300 und pro Sekunde 5 Kilogramm Wasser noch oben gefördert. Das Pferd war also imstande, in einer

den dazu berufenen Stellen ein hoher Wert beigemessen wird. Die Konferenz fand auf Einladung des Kriegsernährungsamts in dessen Räumen statt. An derselben nahmen außer den genannten Leitern des Kriegsernährungsamts, des Kriegsamts und des preussischen Staatskommissariats für Ernährungswesen teil der Unterstaatssekretär des preussischen Landwirtschaftsministeriums v. Fallenhäuser sowie einige Vertreter des Kriegsamts und des Kriegsernährungsamts, ferner als Vertreter der Eingaben drei Vertreter der freien Gewerkschaften und je ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften, deutscher Gewerbevereine, polnischen Berufsvereinigungen, der Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht. — Herr v. Batocki leitete die Aussprache ein mit dem Wunsch nach eingehender Information über die Beschwerden und Vorschläge der Gewerkschaften und nach einer Verständigung. Er ziehe eine mündliche Klärung der Abgabe einer schriftlichen Antwort vor, wolle aber vermeiden, auf die Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und dem preussischen Landwirtschaftsminister einzugehen.

Herr Umbreit (Generalkommission) begründete die Eingaben in längeren Ausführungen. Das mit der Einsetzung des Kriegsernährungsamts erstrebte Ziel, die Einheitlichkeit und Schnelligkeit der Kriegsernährung zu sichern, sei nicht erreicht worden. Die Landeszentralbehörden ständen nach wie vor der einheitlichen Regelung und der Durchführung der Maßnahmen des Kriegsernährungsamts hindernd im Wege, vor allem suche das preussische Landwirtschaftsministerium einen verhängnisvollen Einfluß auf die Preisregelung und Verteilung der Lebensmittel zu gewinnen. Die Nationalisierung bestehe nur für die städtischen Verbraucher, den Erzeugern würden größere Mengen belassen, und auf dem Lande sei das Vorkhandeln größerer Vorräte durch den Gleichhandel erwiesen. Der Landwirtschaftsminister suche die Landbevölkerung der strengen Nationalisierung zu entziehen und verlange eine Rücksichtnahme auf die Stimmung der ländlichen Erzeuger, die deren Gewissenhaftigkeit nur abschwächen könne. Ein Teil der ländlichen Behörden habe die Gefahr erkannt und den Landwirten ein Gewissen geredet, und der Hindenburgbrief erinnere besonders die Landeszentralbehörden daran, daß es um Sein oder Nichtsein des Reiches gehe. Die mangelnde

Sekunde ein Gewicht von 5 Kilogramm um 10 Meter zu heben. Es ist einleuchtend, daß die Menge des geförderterten Wassers außer von der Kraft des Pferdes auch zugleich abhängig war von der Größe der Förderstrecke, die in dem angenommenen Falle 10 Meter betrug. Wäre die Förderstrecke kleiner gewesen, so hätte das Pferd entsprechend mehr Wasser gehoben; hätte die Förderstrecke nur den 10. Teil, also nur 1 Meter, betragen, so hätte das Pferd auch entsprechend genau 10 mal so viel Wasser wie im ersten Falle gefördert. Dann hätte es in einer Stunde also 180000, in einer Minute 3000 und in einer Sekunde 50 Kilogramm Wasser nach oben geschafft. In dieser Leistung, nämlich ein Gewicht von 50 Kilogramm in 1 Sekunde um 1 Meter zu heben, haben wir ein Maß für die Kraft und Leistungsfähigkeit eines Pferdes überhaupt.

Diese berechnete Arbeitsleistung wird das Pferd im Durchschnitt und im normalen Arbeitsbetrieb erzielen. Wenn sich das Pferd jedoch sehr anstrengt oder durch die Peitsche zu großer Anstrengung gezwungen wird, so kann es unter Umständen eine erheblich größere Arbeitsleistung erzielen. Eine solche durch größte Anstrengung eines Pferdes bedeutend gesteigerte Arbeitsleistung desselben war es nun auch, welche man einstmals zum Maß der technischen und maschinellen Arbeit erhob, wodurch der heutige Begriff der „Pferdestärke“ im technischen Sinne fixiert wurde. Der Vorgang, durch welchen dies geschah, ist für die Geschichte der Technik von größter Wichtigkeit. Und zwar war es James Watt, der geniale Verbesserer der Dampfmaschine und Erfinder zahlreicher technischer Einzelorgane derselben, dem wir die Festlegung des Arbeitsmaßes der Pferdestärke

Erfassung der Lebensmittel durch die Behörden steigere die Gefahr der Verfüttung ins Ungeheuerliche. Die einseitige Erzeugerpolitik des Landwirtschaftsministers sichere uns kein Mehr an Lebensmitteln, weil die Voraussetzungen dafür — Boden, Dünger, Gespanne und Arbeitskräfte — nicht beliebig vermehrbar seien, und führe nur zu Verschleudungen in der Erzeugung zugunsten des lohnen deren Anbaues und zum Nachteil der durch Höchstpreise geregeltten Massenbedarfsmittel. Nicht minder wichtig als die Stimmung der Erzeuger von Lebensmitteln sei die Stimmung der Verbraucher, besonders der Arbeitermassen als Erzeuger anderer ebenso wichtiger Verteidigungsmittel. Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen haben sich bereitwillig in den Dienst der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes gestellt. Sie müssen aber ermahnen, wenn nicht alles für die hinreichende Ernährung der im Dienste der Landesverteidigung tätigen Arbeiter und Angestellten geschieht. Ihre Eingaben bezwecken nicht, den einen Landwirtschaftsminister durch einen anderen zu ersetzen, sondern das Kriegsernährungsamt von den Landeszentralbehörden unabhängig zu machen und durch die unmittelbare Verbindung mit dem Kriegsamt zur besseren Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel und deren gerechter Verteilung zu befähigen. Sie fordern gleiche Rationierung für Stadt und Land und eine Verminderung der Spannungen zwischen den Erzeuger- und Verbraucherpreisen durch Festsetzungen von Höchstspannungen.

Herr v. Batocki erwiderte, daß die Rationierung, soweit es sich um Lebensmittel handelt, deren Regelung das Reich übernommen habe, für alle gleich sei. Das Kriegsernährungsamt habe eine Anreizpolitik niemals verfolgt. Die Getreide- und Kartoffelpreise in den übrigen Ländern seien fast durchweg höher als in Deutschland. Das Landwirtschaftsministerium habe den Maßnahmen des Kriegsernährungsamts nicht entgegenwirkt. Wenn es in einzelnen Betrieben zu Steils gekommen sei, so habe wohl auch die Lohnpfrage dabei eine Rolle gespielt. Der Schleichhandel sei bedauerlich, werde aber überschätzt. Die Erfassung seiner Mengen werde die allgemeine Rationierung noch nicht um ein Prozent aufbessern.

General Gröner erklärte, daß das Kriegsernährungsamt bereits heute in Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt und jederzeit zu dessen Verfügung stehe, ebenso auf Ersuchen des preussischen Staatskommissars für Ernährung bereit sei, alle Maß-

nahmen dieser Stelle zur Erfassung von Lebensmitteln zu unterstützen. Sein Amt sei jedoch so überlastet, daß nicht daran zu denken sei, ihm auch noch die Durchführung der Kriegsernährung mit zu übertragen.

Der preussische Staatskommissar Dr. Michalek erläuterte die Gründe, die zur Schaffung seines Amtes geführt haben. Sie liegen im wesentlichen in der Behinderung der Ernährung durch die bisherige landesbehördliche Organisation. Wir stehen im dritten Kriegsjahr ungewisselhaft der Tatsache gegenüber, daß die Moral eines Teils der Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande insofern gesunken ist, daß mancher glaubt, zunächst für sich sorgen zu müssen. Deshalb muß das Gesamtinteresse durch schärferes Zugreifen gewahrt werden. Was die Eingaben fordern, sei im wesentlichen durch die Einrichtung seines Amtes erreicht; die Vereinheitlichung der drei Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preussischer Staatskommissar, sei nicht durchführbar. Der Staatskommissar könne sehr viel tun, auch für die Erfassung der Lebensmittel bis in die kleinsten Gemeinden. Die Vorräte seien knapp, daher seien auch außerordentlich strenge Maßregeln erforderlich, durch die die Bevölkerung vor Not geschützt werden soll.

Herr v. Batocki ergänzt diese Ausführungen durch Darlegungen in bezug auf die bis jetzt vorliegenden Ergebnisse der Erhebungen über unsere Lebensmittelvorräte, die noch nicht abschließend, aber doch als recht ernst zu bezeichnen seien. Es müsse besonders an Getreide ganz außerordentlich gespart werden; für etwaige Fehlbeiträge daran werde der Bevölkerung mehr Fleisch und daneben möglichst Graupen, Erbsen und Sauerkohl geliefert werden. Zwischen den drei Zentralstellen bestehe vollständiges Einvernehmen über die Notwendigkeit eines schärferen Zusammenfassens. Ueberdies finde dennächst eine Besprechung mit den Ministerien aller Bundesstaaten zur Durchführung schärferer Maßnahmen statt.

Herr Becker (Christliche Gewerkschaften) ging auf die preisztreibenden Folgen der Anreizpolitik ein und betonte, daß man eine Einwirkung des preussischen Landwirtschaftsministeriums mit moralischen Mitteln auf die Landwirtschaft vermissen. Sicher seien Lebensmittel unredlich verbraucht worden, es seien aber auch noch Reserven auf dem Lande vorhanden, die zu erfassen dringend geboten sei. Auch die Milch-, Butter- und Eierablieferung müsse durch eine straffere Organisation wesentlich gesteigert werden.

seitdem Pferdestärke genannt und gleichzeitig als dauerndes Maß der Kraft und Arbeitsleistung der Maschinen angenommen.

In England, dem Mutterlande des Maschinenbaues, wo auch die Anwendung des maschinellen Arbeitsmaßes der Pferdestärke am ersten erfolgte und sich bald allgemein einbürgerte, wurde dann die Bezeichnung „horsepower“ (das englische Wort für Pferdestärke) abgekürzt in das bekannte Zeichen HP, das seitdem das Symbol des maschinellen Kraft- und Arbeitsmaßes der Techniker der ganzen Welt geworden ist. In den deutschsprachigen Ländern ist dafür jetzt allerdings größtenteils das Zeichen PS, die Abkürzung für „Pferdestärke“, getreten. Nehmen wir eine Kraft von 1 PS an, die also ein Gewicht von 75 Kilogramm in 1 Sekunde um 1 Meter zu heben vermag, so ist es einleuchtend, daß diese Kraft ein anderes Gewicht in derselben Zeit um so höher zu heben vermag, je leichter es ist. Ist das Gewicht nur der 75. Teil, also nur 1 Kilogramm, so vermag eine Kraft von 1 PS dieses Gewicht in einer Sekunde entsprechend 75 mal höher, also 75 Meter hoch, zu heben. 1 PS vermag also sowohl 75 Kilogramm um 1 Meter, wie auch 1 Kilogramm um 75 Meter oder 25 Kilogramm um 3 Meter in einer Sekunde zu heben. In allen Fällen ist die erzielte Leistung ein Produkt von Arbeitszeit (Sekunde), Weg (Meter) und Gewicht (Kilogramm), wobei die Zahl der Meter, multipliziert mit der Zahl der Kilogramm, stets 75 ergibt. Man sagt daher, daß die Arbeitsleistung einer Pferdestärke = 75 Sekundenmeterkilogramm, abgekürzt geschrieben 1 secmk, ist.

Herr Hartmann (Gewerbvereine) lenkt die Aufmerksamkeit auf die unterschiedliche Rationierung in den Gemeinden. Selbst bei benachbarten Gemeinden kommen Unterschiede vor, die als ungerecht empfunden würden.

Herr v. Batocki sagt eine Untersuchung dieser Beschwerden zu.

Herr Cohen (Generalkommission) gab nähere Details über einige Arbeiterausstände und wies den engen Zusammenhang zwischen den hohen Lebensmittelpreisen und den Lohnforderungen der Arbeiter nach. Der illegale Handel sei doch ganz bedeutend, denn die Fabriken stellen ihren Arbeitern große Posten von Kraftnahrungsmitteln zur Verfügung, allerdings zu Preisen, für die selbst die gegenwärtig hohen Löhne noch nicht ausreichen. Redner interpelliert das Kriegsernährungsamt wegen der in Aussicht gestellten Verringerung der Kartoffelration für Berlin und Umgegend. Man habe diesen die Fleischzulage entzogen, ehe die verbleibende Kartoffelversorgung zur Tatsache wurde.

Herr v. Batocki entgegnete, daß solche Maßnahmen wochenlang vorher eingeleitet werden müßten. Niemand habe damals die Wiederkehr der Frostperiode im März voraussehen können, die die Kartoffelzufuhr verhinderte.

Herr Legien wies auf die große Bedeutung der Ernährungsfrage für die Durchführung des Hilfsdienstes hin und rügte scharf die unzureichenden Löhne, mit denen viele Unternehmer ihre Arbeiter abspießen. Das Kriegsamt möge auf diese Dinge ein schärferes Auge haben, damit es nicht zur Ansammlung von gefährlichen Stimmungen komme. Leider habe das Kriegsamt den für den Hilfsdienst rekrutierten Heeresangehörigen die Vorteile der Ausschüsse entzogen. Im weiteren ging der Redner auf das notwendige Zusammenarbeiten zwischen Kriegsernährungsamt und Kriegsamt, näher ein. Die Gewerkschaften dächten nicht daran, für jede Gemeinde neue militärische Behörden zu fordern, sondern es genüge, den Verwaltungsbehörden militärische Exekutiven zur Seite zu stellen, die auf Erfordern Requisitionen und Enteignungen vornehmen.

Herr Umbreit akzeptierte die Zusagen des Chefs des Kriegsamts und des preussischen Staatskommissars, möchte aber erst deren Erfolge abwarten, ehe er die Forderungen der Gewerkschaftseingaben als erfüllt erachten könne. Die Darlegungen des Herrn v. Batocki seien wenig hoffnungsvoll, und wenn weitere Einschränkungen der Rationen unermesslich seien, dann müsse um so mehr eine strenge Durchführung gleicher Rationierung für Stadt und Land gefordert werden. Wenn solche nur auf dem Papier stände und nicht durchgeführt werde, ist sie wertlos. Die Anreizpolitik wird besonders von den landwirtschaftlichen Vertretungen verlangt. Ein Kartoffelpreis von 8 M. pro Zentner, wie ihn Herr v. Karborff im Landtage forderte, gehe nicht nur weit über die Produktionskosten hinaus, sondern ist als ungeheuerlich zu bezeichnen. Daß im Ausland durchweg höhere Preise beständen, treffe für Dänemark nicht zu, wo die Zerealienpreise niedriger als bei uns sind. Allerdings seien dort ebenso wie in Deutschland Höchstpreise.

Unterstaatssekretär v. Falkenhäusen erklärte namens des preussischen Landwirtschaftsministeriums, er sei erfreut, einmal Aug' in Aug' den Angriffen auf das von ihm vertretene Ressort entgegenzutreten zu können. Der Landwirtschaftsminister sei gar nicht der Vater aller Widerstände in der Ernährungsfrage, als der er betrachtet werde, sondern er wolle mit der Hebung der Erzeugung vor allem den Verbrauchern dienen. Von dem Wirken des Landwirtschaftsministeriums komme nur das Wenigste in die Deffentlichkeit, aber man dürfe versichert sein, daß das Zusammenarbeiten mit dem Kriegsernährungsamt keine Hemmnisse aufzuweisen habe. Gegenwärtig habe der Landwirtschaftsminister auf die Ernährungsfrage überhaupt nur geringen Einfluß und einen Teil seiner Befugnisse an das neue Staatskommissariat für Ernährungsweisen abgegeben.

General Gröner geht auf die Beschwerden des Herrn Legien näher ein und sagt eine Hilfe des Kriegsamts in der befriedigenden Regelung der Lohnpfrage zu. Hinsichtlich der Ernährung sei damit zu rechnen, daß große Anforderungen an die Bevölkerung gestellt werden. Um so mehr

verdanken. Watt hatte von einem Brauereibesitzer in Witbread den Auftrag zur Ausstellung einer Dampfmaschine, die damals in den Arbeitsbetrieben der Industrie noch zu den allergrößten Seltenheiten gehörte, erhalten. Die in Aussicht genommene Dampfmaschine sollte eine Wasserpumpe treiben, die bisher von einem Pferdebetrieben wurde, und der Brauer machte zur Bedingung, daß die Dampfmaschine zum mindesten dieselbe Leistungsfähigkeit wie der bis dahin verwandte Gypselgaul aufweisen müsse, worauf Watt gern einging. Dem Brauer lag aber daran, bei dem Geschäft noch etwas mehr herauszuschlagen, als vereinbart war, und zu dem ausbelegenen Preise eine Maschine zu erhalten, die noch leistungsfähiger wie ein Durchschnittspferd war. Um das zu erreichen, ließ er sein allerstärkstes Pferd acht Stunden hindurch an dem Pumpenwert arbeiten, indem er es zugleich mit der Peitsche zu unablässiger größter Anstrengung antrieb. Auf diese Weise erzielte das Pferd tatsächlich eine ganz bedeutende größere Arbeitsleistung als sonst und forderte während jener acht Stunden rund 2000 000 Kilogramm Wasser. Auf die Sekunde kam mithin eine Arbeitsleistung von etwa 70 Kilogramm, was ein volles Drittel mehr als die Normalleistung eines Arbeitspferdes ist. Der Brauer stellte also Watt die Bedingung, daß die Maschine eine Mindestleistung von 70 Kilogramm pro Sekunde haben müsse. Watt ging nicht nur auf diese Bedingung ein, sondern erhöhte sogar, um ein rundes Maß zu erhalten, mit dem sich leichter rechnen ließ, die Leistungsfähigkeit der zu liefernden Maschine freiwillig auf 75 Kilogramm Hubkraft pro Sekunde. Diese Leistung, also 75 Kilogramm in 1 Sekunde 1 Meter zu heben, wurde

komme es darauf an, die volle Nervenkraft zu bewahren, damit Deutschland siegreich bleibe.

Herr Stegerwald (Kriegsernährungsamt) verbreitete sich über die Ausfichten der Lebensmittelversorgung in der nächsten Zeit und über die Notwendigkeit scharfer Eingriffe zur Erfassung der Vorräte. Er habe im rheinischen Industriegebiet große Versammlungen abgehalten, in denen er den Ernst der Lage nicht verschwiegen habe. Man war in den Versammlungen einmütig entschlossen, durchzuhalten. Man wolle auch Not leiden, damit Deutschland am Leben bleibe, aber dann müsse die Not von allen ertragen werden.

Da Herr v. Falkenhayn inzwischen die Konferenz wegen anderweitiger dringender Geschäfte verlassen hatte, stellte Herr Umbreit fest, daß er und seine Gewerkschaftsfreunde dem Vertreter des preussischen Landwirtschaftsministeriums gern widerstehen hätten, und daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die Auseinandersetzungen hier unterbrochen und an anderer Stelle ausgetragen würden.

Herr v. Batocki faßt das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß die drei zuständigen Gewalten, Kriegsernährungsamt, Kriegsamt und preussischer Staatskommissar, einheitlich zusammenarbeiten und einmütig von der Notwendigkeit einer schärferen Erfassung und Durchführung der Rationierung und Verteilung überzeugt seien, sowie daß alles getan werde, um die Ernährung der Arbeiterschaft sicherzustellen. Es dürfe aber nicht verhehlt werden, daß die Vorräte außerordentlich knapp geworden seien, daß die Erzeugung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe und daß auf weitere Knappheit gerechnet werden müsse. Er hoffe, daß die mündliche Aussprache die Vertreter der Gewerkschaften davon überzeuge habe, daß die verantwortlichen Stellen im Reich sich des Ernstes der gegenwärtigen Lage voll und ganz bewußt seien.

Ein Staatsanwalt für Lohnerhöhung.

Die ungeheure Verteuerung der Lebenshaltung, die der Krieg mit sich gebracht hat und die auch zweifellos noch lange nach Friedensschluss anhalten wird, hat auch solche Bevölkerungsklassen zum Nachdenken über das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben gebracht, die früher in den Tag hineinlebten, weil sie sich in gesicherten Lebensverhältnissen befanden. Früher hielten es die Beamten für selbstverständlich, daß von Zeit zu Zeit ihre Geldbezüge erhöht wurden, um sie den erhöhten Warenpreisen und den erhöhten Ansprüchen ans Leben anzupassen. Allerdings dachten sie nicht daran, daß auch andere Bevölkerungsklassen, zumal die Arbeiter, gleiches Anrecht hatten auf Erhöhung ihrer Einnahmen zum Zwecke der Bestreitung ihrer höheren Ausgaben. Gerade in den Reihen der Beamten konnte man nicht selten die bekannnten Aeußerungen hören über die Begehrlichkeit und fortwährende Unzufriedenheit der Arbeiter, die den Hals niemals vollkriegen konnten.

Da ist es denn sehr interessant, daß ein Erster Staatsanwalt, A. Zeiler in Zweibrücken, in einem Zeitungsartikel die Notwendigkeit einer ganz wesentlichen Erhöhung des Einkommens nachweist. Allerdings hat er hierbei, wie üblich, nur die Festbepflichten im Auge, aber was für diese zutrifft, trifft ja für die Arbeiter erst recht zu, und darum wird es uns der Herr Staatsanwalt nicht für übel deuten, wenn wir nicht überall dort, wo er das Wort Gehaltserhöhung gebraucht, auch das Wort Lohnerhöhung hinzufügen. Es läßt sich nicht einsehen, warum nur die Beamten einen Ausgleich beanspruchen sollen zwischen Einkommen und Auskommen, während die Arbeiter zurückstehen sollen. Dies wäre eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit und um so ungerechter, da doch die deutschen Arbeiter, ohne daß ihr Einkommen, wie bei den Beamten, weitergeht, da draußen im Felde ihre Pflicht und Schuldigkeit für das Vaterland tun.

Der Artikelschreiber geht davon aus, daß der Geldwert und damit die Kaufkraft des Geldes während des Krieges bedeutend gesunken sei, während die Zahlungsverpflichtungen des einzelnen gestiegen seien, und daß dies Mißverhältnis auch nach dem Kriege bestehen bleiben werde. Besonders

die Steuerlasten, seien es direkte oder indirekte Steuern, seien es Zölle oder Monopole, würden ganz bedeutend zunehmen, mindestens auf das Vierfache des heutigen Steuerfußes. Darum sei ein wesentlich erhöhtes Einkommen eine unabwendbare Notwendigkeit. Von einer Gehaltserhöhung könne man hier eigentlich gar nicht sprechen. Dieser übliche Ausdruck sei sachlich ein Unsinn, denn eine Gehaltserhöhung komme in Wirklichkeit gar nicht vor. „Was man gedankenlos so nennt, war nie etwas anderes als eine zudem meist stark nachhinkende und selten oder nie die volle Höhe erreichende Ausgleichung gegenüber den Wirkungen des „sinkenden Geldwerts“, nur eben mit der knappen Wirkung, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Beamtenschaft nach der „Erhöhung“ wenigstens halbwegs wieder den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt war. . . . Auch soweit die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse eine stärkere „Gehaltserhöhung“ bringen werden, bringen müssen, wird es wieder nichts weiter sein, als eine solche notwendige Anpassung an die erhöhten Kosten der Lebenshaltung.“

Diese verächtlichen Worte sind uns ganz aus dem Herzen gesprochen. Man sollte einmal aufhören, von den fortwährenden Lohnerhöhungen der Arbeiter zu reden und über die Forderung von Teuerungszulagen zu zetern. Tatsächlich wird der Lohn gar nicht erhöht, wenn die gewährte Zulage nur einen Ausgleich bildet für den gesunkenen Geldwert. Daß die Kaufkraft des Geldes in den letzten Jahrzehnten fortwährend im Sinken begriffen ist, weiß jedes Kind, und wie sehr die Preise für die Lebensmittel im Verlaufe des Krieges in die Höhe gegangen sind, schreit geradezu zum Himmel. Und darum hat der Staatsanwalt vollständig recht, wenn er schreibt: „Jede gesellschaftliche Schicht braucht also in stetigem Fortschreiten immer höhere Mittel zur Führung der ihr entsprechenden Lebensweise, deren Höhe wiederum nicht dem einzelnen freisteht, sondern durch die Auffassung der Allgemeinheit bestimmt wird.“ Das heißt, auf die Arbeiterklasse angewandt, daß die deutschen Arbeiter bei steigenden Lebensmittelpreisen, höheren Wohnungsmieten und gesteigerten Lebensansprüchen einerseits und infolge der gesunkenen Kaufkraft des Geldes andererseits einen selbstverständlichen Anspruch haben auf Lohnzulagen, die von Zeit zu Zeit wiederholt werden müssen, wenn ein Mißverhältnis eingetreten ist zwischen Geldlohn und Sachlohn. Die Höhe der proletarischen Lebenshaltung wird natürlich nicht bestimmt durch die geistig und wirtschaftlich rückständigen Elemente, die zufrieden sind mit den Brocken, die von der Herren Tische fallen, sondern durch die fortgeschrittenen Arbeiterschichten, deren Bissen und Können die Leistungen der deutschen Volkswirtschaft im wesentlichen zu verdanken sind.

Um den regelmäßigen Ausgleich zwischen Geld- und Sachlohn herzustellen, ist es nötig, die durchschnittlichen Kosten der Lebenshaltung einer Bevölkerungsklasse und ihre Steigerung gegen früher zu ermitteln und sie mit der Kaufkraft des Geldes zu vergleichen. Wenn dann der gute Wille der maßgebenden Personen und Stellen vorhanden ist und die nötige Einsicht in die Berechtigung einer Aufbesserung des Einkommens, so wird sich alles glatt und ohne Reibungen vollziehen. Leider ist hieran nicht zu denken! Der Staatsanwalt in Zweibrücken hat in bezug auf die Beamtenschaft wenig Hoffnung. Er bedauert, daß um jede Gehaltsaufbesserung ein erbitterter Kampf geführt werden muß, dessen schädlichen Folgen und widerlichen Begleiterscheinungen verbitternd auf die Allgemeinheit wirken. Wortwörtlich schreibt er: „Die Beamtenschaft steht vor dem Abwinken ihrer Lebenshaltung und damit unvermeidbar ihres gesellschaftlichen Ansehens; und wenn sie gegen dieses Schicksal ankämpfen will, so hat sie bei der heutigen Sachbehandlung keinen anderen Weg, als jedesmal jahrelang in der Fach-, der Ständes- und Tagespresse, in öffentlichen Versammlungen, in Eingaben an Regierung und Volksvertretungen zu klagen, zu bitten, zu betteln, mitunter einmal

zu drohen! Diese Verhältnisse sind ihrer unwürdig, sind schädlich für ihr Ansehen und gefährlich für das Gemeinwesen, für das eine Erhaltung des Ansehens der Beamtenschaft eine wichtige Lebensbedingung ist. Man muß sich darum geradezu wundern, daß noch niemand den Weg gefunden hat, aus diesen Mißständen hinauszukommen und auf großzügige Weise der immer erneuten Notwendigkeit solcher Klagen und Kämpfe vorzubeugen.“

Auch die Arbeiterschaft empfindet es als unwürdig, durch Klagen, Bitten und Betteln eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung herbeizuführen. Darum hat sie sich in starken gewerkschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen, um ihren berechtigten Ansprüchen einen größeren Rückhalt zu verleihen. Sie hat in dieser Hinsicht auch schon bedeutende Erfolge erzielt, wie die Einführung und der Ausbau des Tarifwesens beweist. Und sie wird auch fernerhin weitere Erfolge buchen können, wenn sie einig bleibt und ihre Kraft nicht durch Zänkereien schwächt. Belanlich haben sich die Arbeitgeber noch nicht zu der sozialen Höhe aufschwingen können, in einer Aufbesserung der Löhne eine selbstverständliche Maßregel zu erblicken. Darum muß ihnen mit Hilfe der Gewerkschaft diese Einsicht beigebracht werden. Und in diesem unablässigen Ringen um einen Ausgleich zwischen höheren Anforderungen ans Leben und dem Sinken des Geldwerts können uns die sachkundigen Ausführungen des Staatsanwalts Zellen treffliche Dienste leisten.

Rundschau.

Eine besondere Spruchkammer ist für das Berliner graphische Gewerbe zugelassen. Diese Spruchkammer wird aber nur Entscheidungen treffen über Streitigkeiten, die in Sachen der Abkehrscheine entstehen.

Der Sonderausschuß ist auf Antrag des Tarifamtes in eine Spruchkammer umgewandelt worden, die nicht nur vorliegende Klagen über Abkehrscheine im Vergleichsweg erledigen kann, sondern sie ist berechtigt, endgültige Urteile zu fällen.

Alle übrigen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis unterliegen nach wie vor der Entscheidung der tariflichen Schiedsinstanzen.

Das Stehen ist ganz in der Ordnung! Wer bisher geglaubt hatte, daß das stundenlange herumstehen in Wind und Wetter ein Uebelstand sei, der durch verbesserte Organisation der Lebensmittelverteilung beseitigt werden müsse, weil er die Gesundheit schädigt, eine ungeheure Zeitverschwendung darstellt, die Erziehung unfers Nachwuchs erschwert und noch andere üble Folgen zeitigt, der wird sich nunmehr der Oberflächlichkeit seiner Betrachtungen schämen. Denn kein Geringerer als der Herr Landtagsabgeordnete Stull sagte am 8. März bei der Beratung des landwirtschaftlichen Etats im preussischen Abgeordnetenhause: „Das Stehen der Frauen nach Nahrungsmitteln in den Städten haben unsere Landfrauen von der anderen Seite schon lange gemacht, wenn sie mit ihren schweren Körben auf den Markt zogen und stundenlang standen, bis sie ihre Ware los wurden. Stadt und Land, Hand in Hand, den Nutzen hat das ganze Land!“ — Also laßt uns ruhig stehen bis ans Kriegsende und auch noch darüber hinaus, und wenn uns das einmal schwer fallen sollte, so wollen wir immer daran denken, daß uns die Landfrauen darin längst mit autem Beispiele vorangegangen sind.

Zwei Urteile. Ein Malajischier, der in einer Woche 93 000 Mk. „verdient“ hatte, wurde von der Erfurter Strafkammer zu 10 000 Mk. Geldstrafe und zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — Ein ungarischer Kaufmann, der sich bei Lieferung von militärischen Verpflegungsartikeln im Gesamtbetrag von fünf Millionen um Hunderttausende bereichert hatte, wurde vom Grazer Gericht mit 15 Jahren schweren Kerker, verschärft durch monatlich einmaliges Fasten, bestraft.

Die Volksfürsorge erzielte in den ersten beiden Monaten Januar und Februar 1917 5245 Neubeschlüsse von Versicherungsanträgen, gegen 3042 im Jahre 1916 und 1743 im gleichen Zeitraum 1915. Der Monat Februar hat mit 2870 neuen Anträgen das beste Ergebnis seit Ausbruch des Krieges geliefert, und der März wird noch besser werden. — Die Einzahlungen bei der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse haben jetzt 420 000 Mark überschritten.